



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

2/2011

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Jubiläum »Malxeblatt« – ein guter Grund zum Feiern



... und kein
bisschen leiser!

DIE LINKE hatte am Freitag, dem 28.01.2011, zum Pressefest geladen, und viele, viele kamen. Anlass war das zwanzigjährige Bestehen unseres Malxeblattes. Zur Begrüßung hob die Ortsvorsitzende Anke Schwarzenberg die Bedeutung dieser Zeitung für unsere politische Arbeit hervor (Foto links unten). Anschließend berichtete ich von unse-

rem Werdegang, unseren Zielen und der aktuellen Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft. Zu unserer großen Freude waren einige »Gründer« des Malxeblattes, die vor 20 Jahren den Namen erfunden und das Titelbild entworfen hatten, zu unserem Fest gekommen (Foto oben). Beim Betrachten alter Fotos und Malxeblätter wurden Erinnerungen ausgetauscht und berichtet, wie alles begann.



Viele fleißige Helfer waren vor und während der Feier tätig. Bei allen möchten wir uns nochmals herzlich bedanken. Vor allem die Kochkünstlerinnen und Künstler sind für das herrliche Büfett hoch zu loben (Foto unten).

Der Forster Stadtkanal machte Filmaufnahmen und führte Interviews.

Das Pressefest war eine schöne Bestätigung unserer Arbeit und gibt uns Elan für die nächsten 20 Jahre Malxeblatt.

*Ulrike Werschnick,
Sprecherin der
Arbeitsgemeinschaft
Malxeblatt*



Schulen zu!

Am Ende eines langen Tages wurde die entscheidende Abstimmung in der SVV-Sitzung am 26.01.2011 mit 14 zu 13 Stimmen verloren.

In den kommenden Jahren sollen also nach dem Willen einer knappen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung die Schulen in Noßdorf und Keune schließen.

Unsere Fraktion wollte wenigstens eine von beiden Schulen unbefristet erhalten. Nur mit der FDP erreichten wir aber in diesem Punkt eine inhaltliche Übereinstimmung. Ein entsprechender gemeinsamer Antrag wurde ebenfalls in der Sitzung der SVV mit 12 zu 15 Stimmen abgelehnt. Damit hat sich der Bürgermeister vorerst mit seinen Vorstellungen durchgesetzt. Er plant eine Stadt, in der 2030 noch 14000 Menschen leben und Kinder nur noch am Rande vorkommen. Sicher kann man den Einwohnerrück-

gang in Forst nicht einfach übersehen, wenn aber Rückbau und Schließung zum politischen Konzept werden, wer soll dann noch in eine sterbende Stadt investieren? Das Gewerbegebiet sieht heute nicht besser aus als zu Zeiten des Amtsvorgängers. Ein einheitliches Konzept der Stadtentwicklung gibt es nicht. In der SVV-Sitzung erklärte der Bürgermeister, er werde nun bald mit einer Diskussion zur Stadtentwicklung beginnen. Vier Jahre nach Amtsantritt ist dies schon mal ein guter Anfang. ➤ S. 2



Schorschels Stadtgeflüster

Ein Gespenst geht wieder mal um in Deutschland, das Gespenst des Kommunismus! – Ach, Leute, ich habe keine Angst vor Gespenstern, sondern ich habe Angst vor vergifteten Lebensmitteln und vor jenen Stadtverordneten, die lauthals verkünden, sie hätten sich 20 Jahre zum Wohle der Bürger abgerackert! Trotzdem und deshalb für alle MB-Interessierten ein ökologisch einwandfreies Hallöchen. Ich selbst habe im Vorfeld der letzten Stadtverordnetenversammlung vor Freude gejauchzt über die kabarettistische Steilvorlage des auf Babels Pfaden wandelnden Müller-Sextetts. Stilistisch war es ein Schmanckerl, als verkündet wurde, unangenehme Entscheidungen zum Wohle der Stadt treffen zu wollen. Zuerst dachte ich, Mensch, nicht undumm! Später begriff ich, die meinen es gut, und sie sind sogar richtig gut! Überlegt doch mal selbst: der Essengeldzuschuss für Kinder wird gekürzt = die Kinder können weniger essen = es werden also weniger vergiftete Lebensmittel verzehrt = das Gesundheitsrisiko für unsere Kinder wird gemindert! Super, man sollte dieser Fraktion ein Denkmal setzen, oder lieber doch nicht? Dresden hat ja bereits seinen Status als Weltkulturerbe aberkannt bekommen, nun planen sie dort ein Kohl-Denkmal auf dem historischen Neumarkt – ob sie nun auch noch ihr Stadtrecht verlieren?! Tschüss,

Euer Schorschel

Leserbrief



Geteilte Meinung zum Nešković-Interview

Der Bundestagsabgeordnete Nešković hat sich mit seiner Aussage »Braunkohleverstromung hat keine Zukunft« im LR-Interview meiner Meinung nach zu weit aus dem Fenster gelehnt. Er verkennt und unterschätzt die über Jahrzehnte entstandene Beziehung zwischen der Lausitz und ihren Menschen. Die Braunkohle war und ist ihr wichtigster Brotgeber. Sie hat ihren Wirtschaftsstandort trotz Schrumpfung der Beschäftigungszahlen behauptet. Ihr Gesicht hat sich verändert. Sichtbarer Ausdruck ist die saubere Luft in der Lausitz. Die Schließung der sogenannten »Dreckschleudern«, wie Kokereien und veraltete Bricketfabriken, taten ihr übriges. Neškovićs »Wertschätzung« über den brandenburgischen Wirtschaftsminister

Schulen zu!

(Fortsetzung von Seite 1)

Die betroffenen Eltern in Noßdorf und Umgebung werden die Entscheidung der Stadtverordneten nicht einfach hinnehmen. Sie wollen die dortige Schule zukünftig in eigene Hände nehmen. Sollte es zur Gründung einer weiteren Privatschule kommen, verliert die Politik weitere Gestaltungsmöglichkeiten. Verantwortlich dafür sind aber auch die Landes- und Bundespolitik. Einerseits gibt es für staatliche Schulen strenge Regularien. Sie sollen zweizügig sein und eine Klassenstärke von 25 Kindern haben. Für Privatschulen gibt es solche Vorgaben nicht. Andererseits hat eine Privatschule nach zweijährigem Bestand Anspruch auf staatliche Förderung. Dies gilt auch, wenn weit weniger als 25 Schüler pro Klasse vorhanden sind. Ein neues Schulgesetz muss den Realitäten im Land Rechnung tragen. Die rot-rote Regierung hat die Bildung zum Schwerpunkt ihrer Politik erklärt. Es ist Zeit,

die Potsdamer Brille mal abzunehmen und sich den existenziellen Problemen an den Rändern des Landes zuzuwenden. Wenn Brandenburg im Jahr 2030 nur noch aus dem Speckgürtel um die Hauptstadt besteht, ist niemandem geholfen. Alle Parteien in Brandenburg bekennen sich zu gleichwertigen Lebensbedingungen im ganzen Land. Es wird Zeit, dass dies auch in praktische Politik mündet. Im Rahmen der Polizeireform haben Tausende Bürger für die Erhaltung der Polizeiwachen unterschrieben. Ich würde mir wünschen, dass dies auch für die Erhaltung von Schulen im ganzen Land geschieht.

Ingo Paeschke,
Fraktionsvorsitzender

Spruch des Monats

»Oft büßt das Gute ein,
wer bessres sucht.«

William Shakespeare

PROGRAMMDISKUSSION

Seit mehreren Monaten wird in der LINKEN der Programmentwurf diskutiert. Vielfältig sind die aufgeworfenen Fragestellungen und genauso unterschiedlich können auch die Antworten sein. Um welche entscheidenden Fragestellungen geht es?

Auf dem Programmkonvent in Hannover wurden in verschiedenen Arbeitskreisen die unterschiedlichsten Fragestellungen diskutiert wie z. B.: Eigentumsordnung und Wirtschaftsdemokratie, Krisen des Kapitalismus, Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert, Demokratisierung der Gesellschaft, Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft, Abrüstung und kollektive Sicherheit – Wie schaffen wir Frieden? Gemeinsam für einen Politikwechsel – Wie wollen wir die Gesellschaft verändern? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Viele interessante Beiträge wurden von den Teilnehmern heiß diskutiert.

Allen ist klar, dass es bei diesem Programm um mehr als um eine Selbstverständigung innerhalb der Partei geht. Es geht darum, mit welchen konkreten Mitteln wir konkrete gesellschaftliche Ziele erreichen können.

Im Herbst dieses Jahres soll das Programm auf einem Bundesparteitag beschlossen werden. Alle, die um eine gerechte Gesellschaft ringen, sind aufgefordert, an dieser Diskussion teilzunehmen. Erstmals besteht die Möglichkeit, diese Diskussion über das Internet zu führen. Jeder Interessierte kann sich an dieser elektronischen Programmdebatte beteiligen (<http://die-linke.de/Programm/elektronische-Programmdebatte>)

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende

Christoffers geht unter die Gürtellinie. Er müsste doch wissen, was eine Koalition bedeutet. Da muss man für Zugeständnisse und Kompromisse bereit sein. Mit seiner Attacke schadet er der Linkspartei und stößt seine Wähler vor den Kopf. Ich empfehle ihm, sich innerhalb seiner Partei der Diskussion zu stellen. Das Keuleschwingen und die Kraftmeierei sollte er schleunigst unterlassen und seine Arroganz ist fehl am Platz. Gemeinsames Handeln und ehrlicher Umgang miteinander in der brandenburgischen Linken wäre ratsam. Als gewählter »Vertreter im Bundestag« sollte Herr Nešković mehr auf die Meinung der großen Mehrheit der Lausitzer hören und dort unsere Interessen vertreten.

Er sollte sich u. a. dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ihre Aufgaben bezüglich der CCS-Technologie zur kohlendioxidarmen Braunkohleverstromung schleunigst erledigt. Ein entsprechendes Gesetz muss dringend her. Mit dieser neuen Technologie kann Deutschland als Exportland weltweit punkten. Uns fragt auch keiner, ob wir für die Verunstaltung der Landschaft durch Windkrafttrüder oder die Monokultur in der Landwirtschaft sind. Die Landwirte müssen sich dem daraus erwachsenden Anstieg und der Plage durch Wildschweine und Wölfe stellen. Das ist leider so und wir müssen es ertragen ohne Wenn und Aber.

»Pöwa«



Neues aus Wiesengrund

Neuer Anlauf zum Beitritt in den SWAZ

Nachdem der Beitritt des Amtes Döbern-Land zum SWAZ durch die ablehnende Abstimmung der Stadtverordneten in Spremberg misslang, soll nun ein neuer Versuch zum 01.07.2011 gestartet werden.

Die dafür nötigen Formalitäten hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung des Jahres 2010 beschlossen. Der Übertragungsbeschluss vom Jahr 2009, der den Beitritt zum SWAZ auf den 01.01.2011 datierte, wurde aufgehoben. Ein neuer Beschluss, der der aktuellen Situation angepasst worden ist, wurde angenommen. Vorausschauend wurde beschlossen, dass der Beitrittstermin, wenn nicht zum 01.07.2011 möglich, auf den 31.12.2011 oder den 01.01.2012 gelegt werden kann. Eingehen möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf das NEIN der Spremberger Stadtverordneten zum Beitritt des Amtes Döbern-Land zum SWAZ. Die SVV Spremberg wurde auf dem Weg zur Fusion des Eigenbetriebes des Amtes Döbern-Land und des Spremberger Wasser- und Abwasser-Zweck-

verbandes nur unzureichend mit notwendigen aktuellen Informationen versorgt. So konnten die Stadtverordneten das wichtige Zahlenmaterial erst kurz vor der Abstimmung einsehen, sich selbstverständlich dazu kein abschließendes Urteil bilden und somit keinen Beschluss zum Beitritt fassen.

Fakt ist auch, dass das Amt Döbern-Land und die Gemeindevertretung Wiesengrund die zur Übertragung notwendigen Aufgaben erfüllt haben und deshalb in den Genuss von Fördergeldern kommen werden, die sowohl als Investition als auch zur Entschuldung eingesetzt werden sollen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Sanierungsanordnung für die Kläranlage Jethel und die angedrohte Schließung bei Nichteinhaltung, die auf den 31.12.2010 datiert war, mit Zustimmung der Unteren Wasserbehörde auf den 31.12.2011 verschoben werden konnte.

*Andreas Beckmann,
Gemeindevorsteher Wiesengrund*

Bundeswehr abschaffen!

Nach dem Willen von Verteidigungsminister Carl Theodor zu Guttenberg soll die Bundeswehr schrumpfen und entsprechend weniger kosten; die Wehrpflicht soll ausgesetzt, aber nicht endgültig abgeschafft werden. Gleichzeitig wird betont, dass die Bundeswehr fit für Auslandseinsätze gemacht werden muss. Ich sehe da mehrere Widersprüche.

Eine reine Verteidigungsarmee?

Zum einen sagt mir ein Blick ins Grundgesetz, dass die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee sein soll. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus den Erfahrungen zweier Weltkriege die Lehre gezogen, dass von deutschem Boden NIE WIEDER ein Krieg ausgehen darf. Zu dieser Lehre passen die derzeitigen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und vor Somalia ganz und gar nicht, obendrein sind sie nicht gerade ein Beitrag zum Sparprogramm. Das wird von der schwarz-gelben Regierung ebenso ignoriert wie zuvor von der rot-grünen. Doppelt gefährlich ist, dass rund 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger jegliche Kriegsbeteiligung der Bundeswehr ablehnen, ohne dass diese demokratische Mehrheit berücksichtigt wird.

Wer bedroht hier wen?

Zum anderen frage ich mich aus pazifistischer Überzeugung: Brauchen wir überhaupt eine Armee? Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist laut Verfassung verboten; auch dies eine Konsequenz aus den bitteren historischen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts. Der Einsatz von Militärgerät beim Castor oder in Heiligendamm war bereits eine Übertretung dieses Verbots und zeigt, wie ernst es die regierenden Christdemokraten mit solchen Verboten nehmen. Auch ein Verteidigungsfall nach außen ist nicht in Sicht und wird hoffentlich nie eintreten. Mit Ausnahme der sprichwörtlich neutralen Schweiz grenzen an Deutschland nur Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Von denen geht keinerlei Gefahr aus. Auch im weiteren geostrategischen Umfeld gibt es keinen Machtfaktor mehr, der eine Bedrohung darstellt. Selbst Russland geht mit der NATO immer engere militärische Verflechtungen ein und fällt damit als Bedrohungskulisse aus. Und was die »Tigerstaaten« in Südostasien betrifft, so haben sie ihre Armeen bereits abgeschafft, und das, obwohl die politischen Verhältnisse dort weniger stabil sind als in Europa.

*Chris Kühnl,
Linksjugend [solid]*

Am 19. Februar Europas größten Naziaufmarsch blockieren!

DIE LINKE beteiligt sich am Bündnis Dresden-Nazifrei.

Im vergangenen Jahr am 13. Februar folgten mehr als 12000 Menschen dem Aufruf des Bündnis Dresden-Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch in Dresden. Ein breites Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, DIE LINKE und vielen anderen stellte sich entschlossen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg. DIE LINKE beteiligt sich am Bündnis Dresden-Nazifrei.

In diesem Jahr werden die Nazis versuchen, am 19. Februar zu marschieren. Wir wollen das gemeinsam verhindern – massenhaft und entschlossen! Deswegen werden aus allen Brandenburger Regionen Busse nach Dresden fahren. Wer wissen möchte, wo und wann genau Busse starten, kann sich bei uns melden. Sendet einfach eine E-Mail an katharina.dahme@dielinke-brandenburg.de.

*Siehe auch
www.dresden-nazifrei.com*

LINKE schlägt Beendigung des Afghanistankrieges durch Deutschland vor

Mit der Bombardierung Belgrads – einem völkerrechtswidrigen Krieg – bildete sich in Deutschland eine Kriegskoalition aus Union, SPD, FDP und Grünen. Sie stand auch beim Krieg in Afghanistan, der inzwischen über neun Jahre dauert. Laut einer aktuellen Umfrage sind 79 Prozent in der Bundesrepublik für den Abzug der Bundeswehr. Nur im Bundestag sind die Verhältnisse exakt umgekehrt. Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus – mit Krieg – bekämpfen. Nur DIE LINKE war und ist konsequent für die sofortige Beendigung des Krieges und den schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir wollen keine Verlängerung des Kriegsmandats, sondern endlich eine Erteilung eines Abzugsmandats. Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan beschlossen. DIE LINKE hat geschlossen mit Nein gestimmt. Mehr dazu auf unserer Internet-Seite.

Gregor Gysi

Newsletter

Statistisches Armutszeugnis für Schröder und Merkel

»Dass jeder sechste Mensch in Deutschland von Armut bedroht ist, ist ein Skandal und geht auf die Konten der Regierungen der letzten Jahre von Schröder bis Merkel«, kommentiert Klaus Ernst, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, die Zahlen des Statistischen Bundesamts zum Armutsrisiko in Deutschland. »Mit Hartz IV, der Ausbreitung von Billigjobs und Leiharbeit hat sich die Armutsgefahr seit der ersten Erhebung im Jahr 2005 deutlich verschärft.« Ernst weiter:

»Während Bundesregierung, SPD und GRÜNE im Vermittlungsausschuss hinter verschlossenen Türen den nächsten Verfassungsbruch vorbereiten, drohen ganze Bevölkerungsgruppen in die Armut abzurutschen. 62 Prozent der Erwerbslosen und fast 38 Prozent der Alleinerziehenden gelten als armutsgefährdet. Alarmierend ist die hohe Zahl der Menschen, die trotz Arbeit von Armut bedroht sind. Fast sieben Prozent der Beschäftigten müssen schon jetzt von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben.

Wir müssen endlich eine radikale Umverteilung von oben nach unten einleiten. Die soziale Spaltung des Landes darf durch Geschenke an Lobbygruppen und Reiche und Kürzungen bei den Ärmsten der Armen nicht noch weiter vertieft werden. Wir brauchen deshalb einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde sowie eine verfassungskonforme und deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf mindestens 500 Euro.«

25.01.2011

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit soll europaweiten Sozialabbau verfestigen

Die stellvertretende Vorsitzende der LINKEN und wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht, hofft auf eine »europaweite Protestwelle«, falls die heute bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung für einen »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit« Wirklichkeit würden. Sie erklärt:

Mit dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit möchte die deutsche Bundesregierung Europa endgültig auf seine Linie bringen. Mit der Arroganz des Exportchampions zeigt Frau Merkel ihren unbedingten Willen, Europa nach deutschem Gusto niederzuwalzen.

Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist genau das Gegenteil von dem, was Europa jetzt braucht. Was als Wettbewerbsfähigkeit daher kommt, ist nichts anderes als ein Synonym für Spardiktate, Sozialabbau und Lohndumping. Für die Menschen bedeuten die Pläne der Bundesregierung weitere Lohn- und Rentenkürzungen.

Der Pakt, den die Bundesregierung vorschlagen will, sprengt die letzten Restbestände europäischer Solidarität. Wer Europa wirklich an die Wand fahren will, macht es so wie die Bundesregierung.

Dieser Pakt ist ein Angriff auf die Demokratie und muss gestoppt werden. Es ist höchste Zeit für Proteste in ganz Europa und für einen internationalen Aktionstag von Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbänden gegen diesen Masterplan Sozialabbau. Auch in Deutschland müssen wir endlich über neue Protestformen nachdenken. Wir brauchen endlich das Recht auf politischen Streik.

02.02.2011

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 15.02., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
 Mi., 16.02., 18:30 Uhr: **AG »Soziales«**
 Di., 01.03., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Mo., 07.03., 18:30 Uhr: **AG Malxeblatt**
 Di., 15.03., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 22.03., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**

Wiederholungstäter?

Die SPD will sich zukünftig als »Partei des sozialen Fortschritts« präsentieren. Schon wieder? Sie sind doch bereits unter Schröder von allen sozialen Prinzipien fortgeschritten. **MK**

Horizontales Gewerbe

Statt eines konkreten Abzugsdatums für die deutschen Truppen aus Afghanistan zu nennen, will die Bundesregierung lieber einen »Zeithorizont« bestimmen. Das letzte Mal bemächtigte sich wahrscheinlich Kaiser Ferdinand II. zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges dieses vielsagenden Ausdrucks. **MK**



Aus Malxe-Blatt Nr. 2/11

Geburtstage

13.02.: 69 Jahre Erika Schmotz
 19.02.: 77 Jahre Wolfgang Noack
 25.02.: 83 Jahre Helga Schahn
 28.02.: 79 Jahre Gerda Kluge
 08.03.: 81 Jahre Horst Rubin
 11.03.: 62 Jahre Gudrun Lacasé
 10.03.: 71 Jahre Peter Weidner

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Relativitätstheorie

Die Deutsche Wirtschaft ist um 3,6 Prozent gewachsen. Es ist also nur eine optische Täuschung, wenn der deutsche Arbeitnehmer das Gefühl hat, im Vergleich dazu um 3,6 Prozent geschrumpft zu sein. **MK**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.